

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließl. Dringelohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährl. M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 3.—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Zwingerstraße 21, II. Telefon 3465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Zwingerstraße 21. Telefon 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6spaltige Zeitspalt mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 20 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 154.

Dresden, Dienstag den 7. Juli 1908.

19. Jahrg.

Parteigenossen!

Laut Beschluß des letzten Parteitages findet der diesjährige in Nürnberg statt. Auf Grund der Bestimmungen der §§ 11, 12, 13, 14 und 15 der Parteioorganisation beruft die Parteileitung den diesjährigen Parteitag auf

Sonntag den 13. September, abends 7 Uhr

nach Nürnberg in die Städtische Festhalle, Gutzkowplatz 1, ein.

Die Eröffnung erfolgt präzis. Anschließend erfolgen die Konstituierung des Parteitages, Festlegung der Geschäfts- und Tagesordnung, Wahl der Mandatsprüfungskommission.

Montag, den 14. September und die folgenden Tage

finden die Verhandlungen des Parteitages in dem Lokal **Serkales-Belobrom, Kreuzstraße 10**, statt.

Als provisorische Tagesordnung ist festgesetzt:

1. Geschäftsbericht des Vorstandes.
 - a) Allgemeines.
 - b) Organisation und zwar:
 - I. Frauenorganisation;
 - II. Jugendorganisation.
 - c) Presse und Briefe.
 - d) Bildungsausschuß.
2. Bericht der Kontrollkommission.
3. Parlamentarischer Bericht.
4. Waiseier.
5. Sozialpolitik und der neue Kurs.
6. Die Reichsfinanzreform.
7. Sonstige Anträge.
8. Wahl des Parteivorstandes, der Kontrollkommission und des Ortes, an dem der nächste Parteitag stattfinden soll.

Parteigenossen! Der Parteivorstand richtet an euch die Aufforderung, die Vorarbeiten für den Parteitag — also die Wahl von Delegierten wie die Stellung von Anträgen — rechtzeitig zu bewirken.

Die Anträge müssen spätestens am 17. August im Besitze des Vorstandes, Adresse:

W. Pfannkuch, Berlin SW. 68, Lindenstraße 69, sein, wenn sie entsprechend den Bestimmungen des § 14, Absatz 2 der Parteioorganisation im Vorwärts veröffentlicht und in die gedruckte Vorlage Aufnahme finden sollen.

Anträge von einzelnen Parteigenossen bedürfen der Gegeneinwilligung der Vertrauensperson oder des Vorstandes der örtlichen bzw. Kreisorganisation, falls sie zur Veröffentlichung und Beratung gelangen sollen.

Die Parteigenossen, die zum Parteitag kommen, werden ersucht, von ihrer Delegation dem Vorstande und dem Lokalkomitee rechtzeitig Mitteilung zu machen, damit ihnen die Vorlagen und eventuell weitere Mitteilungen zugesandt werden können.

Die Adresse des Lokalkomitees lautet:

Max Frey, Nürnberg, Egidenplatz 22.

Mandatsformulare sind durch das **Partei-Bureau**: W. Pfannkuch, Berlin SW. 68, Lindenstraße 69, zu beziehen. Der Versand erfolgt vom 17. August an.

Die Genossen, die Anträge einreichen, werden darauf aufmerksam gemacht, daß etwaige den Anträgen beigegebene Motive weder im Vorwärts, noch in der den Delegierten zugehenden Vorlage Aufnahme finden können. Es steht den Genossen das Recht zu, ihre Anträge selbst oder durch befreundete Genossen auf dem Parteitag mündlich zu begründen. Ein Abdruck der Motive verbietet sich aber aus räumlichen Gründen und um Wiederholungen zu vermeiden.

Berlin, den 7. Juli 1908.

Mit sozialdemokratischem Gruß

Der Parteivorstand.

Oesterreich-Ungarn in der internationalen Politik.

Von unserem Korrespondenten.

— Wien, 6. Juli.

Die erregte Diskussion über die Ergebnisse der Wiener Zusammenkunft, wie sie durch die deutsche Presse geht, hat auch in Oesterreich und in Ungarn ihren Nachhall gefunden — keine von den vielen Erörterungen und Enthaltungen, vielleicht mehr als die angeblichen Indiskussionen, mit denen der vormalige preussische Legationsrat vom Rath „hinter den Kulissen“ hervortritt. Man schenkt ihnen keineswegs viel Glauben. Auch wenn die Vondaner Dementis nicht wären, die ja Punkt für Punkt der nachsichtigen Behauptungen bestreiten, könnte man es nicht für sehr wahrscheinlich halten, daß Czuray die Politik desselben liberalen Ministeriums bestimmt, das ihn von Indien weggebracht und ihm die Politik bestritten hat. Aber in der Darstellung Raths wird mit noch mehr Nachdruck als auch sonst die Frage behandelt, ob sich wohl auch Oesterreich-Ungarn in das System der Edwardischen Bündnispolitik einfügen und von der Seite seines deutschen Bundesgenossen abgehen lassen werde.

Erstaunlich ist vor allem, wie hier und wie in den meisten Erörterungen ähnlicher Art über die Stellung Oesterreich-Ungarns zu dem Bündnis mit Deutschland grundsätzlich geurteilt wird. Wer darf überhaupt von diesem Staate als von einer Einheit der Stimmungen und Empfindungen reden? Es gibt keine Oesterreich-Ungarn, es gibt auch keine Oesterreicher, sondern man hat es mit zwei Staaten und mit einer Mischung von Nationen zu tun. Und so viel Völker, so viel öffentliche Meinungen muß man zählen. Was zunächst Oesterreich anlangt, so stehen hier die Deutschen durchaus für das Bündnis mit dem Deutschen Reiche ein, aus Gründen des Gefühls, aus der Empfindung eines innigen Kultur-Zusammenhanges; aus der Stimmung der Eifersucht längst verlungen sind, dürfen heute sogar die deutschen Herrschaften als Anhänger des Bündnisses gelten. Nun aber identifizieren sich die Deutschen mit dem österreichischen Staat und wollen ihm daher die Richtung ihrer Anschauungen geben. Bei Tschechen und Polen von Oesterreichischer Politik zu reden, wäre lächerlich, sie stehen zu dem Staate in einem sehr lässigen Verhältniss. Deutschland aber hassen sie, die Tschechen, weil sie ihre Feindschaft gegen die Oesterreicher Deutschen auf das Reich übertragen, die Polen wegen der preussischen Polenpolitik. Früher galten sie als „Stützen des Bündnisses“ und benahmten sich auch danach, um der Regierung in den Delegationen eine Gefügigkeit zu erweisen; heute macht ihnen das Verschärfung des antipolnischen Kurzes in Preußen unmöglich. Die übrigen Nationen stehen geteilt, die Russen und ein Teil der Italiener auf Seiten Deutschlands. Was Ungarn betrifft, so kommen hier für die auswärtige Politik nur die Wobaren in Betracht. Sie waren einst feurige Anhänger des Bündnisses, sind heute aber abgekühlt, zum Teil weil sich auch die ungarischen Deutschen gegen die Wobarenpolitik zu wehren begannen; da aber die slavischen Nationalitäten weit gefährlicher sind, wäre ihnen eine russische Kombination noch unpopulärer.

Man sieht, die Worte, die das Empfinden und Denken der einzelnen Nationen leiten, haben mit Fragen der auswärtigen Politik und Problemen des Gesamtstaates wenig zu tun. Nur an zwei Punkten treten auch diese hervor: in einem starken Argwohn gegen Italien, dem man üble Absichten zumutet, und in der allgemeinen Anschauung, daß Oesterreich-Ungarn auf dem Balkan „Interessen“ hat, wobei jedoch die tschechische und zum Teil die südslawische Presse Partei ergreift für die Balkanstaaten gegen Oesterreich-Ungarn, z. B. die Sandhalsbahn als arge Wagnis des Wiener Kabinetts nicht anders als die russische Befürwortung. Bei solcher Vielpolitik der öffentlichen Meinung bleibt natürlich der Krone ein umso ungeteilterer Einfluß auf die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten; doch muß da bemerkt werden, daß der Kaiser sehr alt, zu Abenteuern nicht mehr geneigt ist und schwer zu bewegen wäre, ein Bündnis zu brechen, in dem er nun seit dreißig Jahren im Frieden lebt. Sein Nachfolger wird gewiß versuchen, in Europa wieder eine Figur zu spielen, und in Berlin wird man dann sehr vorsichtig rednerischen Entgleisungen und allerhand Möglichkeiten anzuwenden müssen. Nur bleibt immer zu bedenken, daß bei der Gestaltung der deutsch-österreichischen Grenzen, bei dem Zusammenhang des führenden österreichischen Volks mit Deutschland eine feindselige Spannung nur aus den ernstesten Gründen entstehen könnte.

Auch überschätzt man das, was eine „Aufstellung der Interessen“ auf dem Balkan Oesterreich-Ungarn bieten könnte. Man redet von Salonik und nennt es nicht mit Unrecht das traditionelle Ziel der österreichischen Politik. Aber verheberte Tatsachen schmücken auch alle Traditionen ab. Sicherlich würde sich das Wiener Kabinetts dagegen wehren, wenn irgend ein fremder Einfluß auf der westlichen Balkanhalbinsel nach dem Vorrang strebt, daher das Mißtrauen gegen Italien, dessen politische Wagnisse mit der Hoffnung spielen, sich in Albanien festzusetzen, um die ganze Adria zu beherrschen. Was versteht man jedoch sonst unter der „Erfüllung der österreichischen Wünsche“? Die territoriale Erweiterung des Gebietes bis Salonik? Daran nur zu denken wäre Torheit. Abgesehen davon, daß die österreichischen Slawen jede Eroberung auf slavischen Gebiete mit Empörung zurückweisen; wolle man sich auch darüber hinwegsetzen, so hätte man es eben mit dem

nationalen Widerstande der Balkanvölker selbst zu tun. Das Wiener Kabinetts müßte wie jetzt die Porte eine ungeheure Kriegsmacht in den Gebieten erhalten, mit der sicheren Ueberzeugung, daß jeder Umschwung der Dinge den unbefestigten Besitz wieder einführen würde. Kam doch Bosnien unter österreichische Verwaltung, ehe noch die nationalen Selbständigkeitsbestrebungen ihre heutige Stärke erreicht hatten, aber alles Aufspielen der konfessionellen Gegensätze und manche reiche Auswendungen für das okkupierte Gebiet haben nicht hindern können, daß der Unabhängigkeitsdrang immer mächtiger wird. Wenn man überdies von einer feindlichen Teilung der Einflußsphären redet, so vergißt man, daß der Friede solche Teilungen nie überlebt. Schaltet Rußland einmal am Bodensee, Oesterreich in Salonik, so wird keine englische Vermittlung das Auseinanderfallen der Gegensätze auf die Dauer verhindern, wobei Oesterreich zugleich von Italien bedrängt würde, und so erst recht nicht mehr als Bundesgenosse, sondern als Schilling auf Deutschland angewiesen wäre. Meint man endlich bloß eine bevorrechtete wirtschaftliche Stellung Oesterreichs auf dem westlichen Balkan, so würde auch das die Todfeindschaft Italiens herbeiführen. Außerdem wäre ein solcher Vorteil von allen politischen Fluktuationen auf dem Balkan abhängig und alles eher als ein bleibender Gewinn. Man ist nicht einmal darauf vorbereitet, daß in Bosnien — unbegreiflicherweise — bloß schmalspurige Bahnen bestehen, nimmt ja schon der Sandhalsbahn viel, ja das meiste von der Bedeutung, die ihr in Europa beigemessen wird.

Der vielsprachige Doppelstaat Oesterreich ist demnach nur in sehr geringem Umfang überhaupt fähig, auswärtige Politik zu machen, und wenn man in Wien nicht größtenteils Selbsttäuschungen unterliegt, oder von der Furcht befallen, im Orient die bisher eingenommene Stellung einzubüßen, alle Haltung verliert, werden sich die Forderungen Englands nicht leicht als erfolgreich erweisen. Allein daß Oesterreich nicht sehr aktionsfähig ist, daß auch der bisherige Bundesgenosse spüren. Wollte man in Berlin den in der Oberbürger Rede angelegenen Ton noch verstärken, würde der Gedanke, wie er hin und wieder laut wird, Deutschland müsse die „Reze zerschlagen“ und sich durch ein plötzliches Losbrechen Luft machen, zur Wahrheit werden, so stünde es mit der Bundeshilfe recht fraglich.

Man vermag gewiß im österreichischen Heeresgefuge die widersprechenden Empfindungen noch zusammenzufassen; aber der Belastungsprobe eines Angriffskrieges im Interesse Deutschlands ist Heer und Staat nicht gewachsen. Schon das Neben davon kann in der Hofburg nur bestimmend, beunruhigend wirken, wie ja die ganze lärmende und wortreiche Art der deutschen Politik in den letzten zwanzig Jahren, die selbst unter den Deutschen Oesterreichs Mißfallen erregt, in der Hofburg als Störung und Verlegenheit empfunden wird. Das Bündnis hat noch Lebenskraft, aber es ist nicht unangefochten, und es ist auf keinen Fall mehr als ein Vertrag zu Schutz und Verteidigung. Für offensive Vorstöße — selbst im Sinne einer angeblich zuvorkommenden Defensiv — bietet es keinerlei Rückendeckung.

Prozeß Eulenburg.

Berlin, 6. Juli. Der Andrang des Publikums nach dem im Alt-Wobarer Gerichtsgebäude gelegenen großen Schwurgerichtssaal, in dem der Prozeß gegen den Fürsten Eulenburg stattfindet, ist heute trotz des schlechten Wetters ein ungemein harter, so daß die Polizeimannschaft verärgert wurde. Der Fürst sieht heute auffallend schlecht aus. Die Kerze glauben nicht, daß in dieser Woche wieder sechs Tage verhandelt werden kann und wollen den Antrag stellen, daß ein Aufhieb eingeschoben werde. — Bei der Eröffnung der Verhandlung beantragen die Verteidiger, weitere Entlastungszeugen zu laden. Zunächst wird heute der Oberhofmarschall Graf August Eulenburg betnommen. Generalleutnant v. D. Graf Arno v. Wolff ist bis Witwowsch beurlaubt. Nachdem die Zeugen den Saal verlassen haben, tritt Justizrat Bernstein vor, um seine Aussagen noch durch einige Bemerkungen zu ergänzen. Dann wird um 12 1/2 Uhr der Oberhofmarschall Graf Eulenburg vorgerufen. Nach 15minütiger Vernehmung wird Oberhofmarschall Eulenburg entlassen, worauf der Anwalt des Fürstlichen Riebel erfolgt. Kurze Zeit, nachdem Riebel den Saal betreten hat, öffnet sich wieder die Tür und Justizrat Bernstein vertritt auf Aufforderung des Vorsitzenden den Saal, damit, wie bereits berichtet, der Zeuge nach Beschluß des Gerichts in Abwesenheit des Rindmücker Rechtsanwalts ausfragen kann. In die Vernehmung des Zeugen Riebel werden sich die Vernehmungen mehrerer unbekannter Leute aus München anschließen, die angeblich über die Glaubwürdigkeit und den Charakter des Zeugen Riebel und wohl auch über den feinerzeit stattgefundenen Verkehr des Riebel mit dem Fürsten Eulenburg Bekundungen machen sollen. — Mittags tritt eine halbbrüderliche Pause ein, worauf die Vernehmung des Fürstlichen Riebel fortgesetzt wird. Riebel läßt die Bekundungen seiner Aussagen, die er in dem Verleumdungsprozeß gegen den Reichskanzler Stöcker vor dem Rindmücker Schöffengericht am 21. April 1908 machte, mit aller Bestimmtheit aufrecht. Er erklärte, er sei als 19jähriger junger Mann Fischermeister bei seinem Vater gewesen, wobei er den damaligen Grafen Eulenburg kennen gelernt habe, der sich mit ihm sehr lobal unterhalten und ihm schließlich unethische Anträge gemacht habe. Der Graf habe ihm eine sehr gute Besoldung verschrieben, worauf er infolge dessen mit ihm im Wege unethischer Handlungen begangen habe. Durch Vermittlung des Grafen sei er dann zum 4. Chevau-léger-Regiment nach Augsburg gekommen, von wo er den Grafen öfters besucht habe. Eines Tages habe ihm der Graf einen seinen Herrn vorgeschickt und sich dann entfernt. Der Herr habe darauf mit ihm homöopathische Handlungen vorgenommen und ihm 10 M. gegeben. — Der Angeklagte Fürst Eulenburg bestreitet, daß er mit dem Zeugen irgendwelche strafbaren Handlungen vorgenommen habe; der Zeuge müsse von einer ihm feindselig gestimmten Partei bestochen worden sein. Der Zeuge Riebel wies dies